

6. Juni 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten um Veröffentlichung der nachstehenden Pressemitteilung.

## **Welche Lösungsvorschläge hat Rolf Göckmann?**

Irritiert haben wir die Ausführungen von Rolf Göckmann, stellv. Fraktionsvorsitzender der UWG/ABG-Fraktion zur Kenntnis genommen. Wenn ein Kommunalpolitiker nicht mehr daran glaubt, dass das städtische Sanierungskonzept, welches selbstverständlich stets an die aktuelle, finanzielle Lage der Stadt anzupassen und somit keine statische Angelegenheit ist, langfristig greift, wenn er keine Chance mehr sieht, dass wir uns durch konsequente und sicher auch unpopuläre Maßnahmen aus der finanziellen Schieflage herausarbeiten können, kommt das einer Bankrotterklärung des politischen Handelns gleich.

Ratsherr Göckmann konstatiert, dass sich CDU-Bürgermeister, SPD-Bürgermeister erfolglos an der Sanierung des städtischen Haushaltes versucht hätten, und auch der Landrat habe keine Lösung parat. Von konkreten Vorschlägen seitens der UWG/ABG-Fraktion, wie es besser gemacht werden könnte, lesen wir jedoch nichts. Man macht es sich als erfahrenes Stadtratsmitglied zu einfach, wenn man Lösungen auf dem Silbertablett serviert bekommen möchte, ohne selbst mit zielführenden Vorschlägen aufzuwarten. Das pure Aufzählen von möglichen Ursachen für die Haushaltsschieflage hilft nicht.

Die Stadt ist finanziell in einer sehr ernsten Lage, das ist unstrittig, wer sie aber als hoffnungslos bezeichnet, gibt Grevenbroich dem Sparkommissar preis. Was es bedeuten würde, wenn die Kommunalaufsicht dem Rat das Heft des Handelns aus der Hand nimmt und einen Sparkommissar beauftragt, um eine sogenannte geordnete Haushaltswirtschaft wiederherzustellen, dürfte den wenigsten klar ein. Kommt der Sparkommissar gibt es keinerlei Spielräume mehr außerhalb der pflichtigen Leistungen. Investitionen, die nicht zwingend zur „Aufrechterhaltung des Betriebs“ notwendig sind, werden auf Eis gelegt. Ein probates Mittel zur Sanierung wird sein, die Steuern und Abgaben drastisch zu erhöhen. Im GPA – Gutachten von 2016 wird unter anderem darauf verwiesen, dass der städtische Haushalt mit einem strukturellen Defizit von -12,6 Mio. Euro. jährlich durch eine weitere drastische Anhebung des Hebesatzes von jetzt 500 auf annähernd 1000 strukturell ausgeglichen werden könnte. Wir dürfen davon ausgehen, dass diese deutliche Anhebung der Grundsteuer B die erste Maßnahme wird, die ein Sparkommissar durchsetzen würde. Damit wären alle Bürger, Immobilieneigentümer ebenso, wie Mieter erheblich betroffen. Und nicht nur das, der Standort würde im Wettbewerb mit anderen Mittelstädten in der Umgebung, die sich um Zuzug von jungen Familien und innovativen Unternehmen bewerben, ganz klar abgehängt. Rat und Verwaltung ständen dieser Entscheidung machtlos gegenüber.

Soweit dürfen wir es in keinem Fall kommen lassen. Wir müssen jede noch so unpopuläre Sanierungsmaßnahme prüfen, auch wenn sie im Ergebnis schmerzliche Einschnitte und Zumutungen bedeutet und uns den Unmut von Bürgern und Verwaltungsmitarbeitern einbringt.

Bei jeder Entscheidung die zukünftig getroffen wird, müssen Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit im Fokus stehen. Wir müssen uns genau anschauen, welche Entscheidungen getroffen werden müssen, um die Daseinsvorsorge langfristig sicherzustellen.

Es kann und darf dabei keine Tabus geben. Die Verwaltung muss in ihrer Struktur von Grund auf reformiert werden, um langfristig den steigenden Belastungen des städtischen Haushalts im Personal- und Sachkostenbereich entgegenzuwirken. Effizienzsteigerung und deutliche Verschlankung der Personalstrukturen gehören dabei zu den wichtigsten Steuerungsaufgaben der Verwaltungsspitze.

Langfristig kostenintensive Bereiche wie Sportstätten, Gebäude und Grünflächen müssen auf den Prüfstand gestellt, standortsichernde Maßnahmen, wie die Professionalisierung der Wirtschaftsförderung und des Stadtmarketings vorgebracht werden.

Auch der Rat muss bei sich selbst alle Möglichkeiten ausschöpfen und einen erneuten, deutlichen Konsolidierungsbeitrag leisten.

Die vor uns liegenden Entscheidungen machen keinem Politiker Freude. Wenn wir jedoch unsere Stadt und die Bürger vor noch viel drastischeren Maßnahmen bewahren wollen, müssen wir uns den unangenehmen Tatsachen stellen und Entscheidungen treffen, die verhindern, dass die Aufsichtsbehörde uns einen Sparkommissar in Haus schickt. Es wäre aus unserer Sicht blamabel, wenn notwendige Entscheidungen von anderen und nicht mehr vom Rat getroffen würden.

Unsere Aufgabe ist es gemeinsam mit den Bürgern unserer Stadt und mit Vereinen, Verbänden und Institutionen den Weg aus den Schulden zu meistern und mit zielgerichteten Vorschlägen aus allen politischen Lagern zur langfristigen Haushaltssanierung beizutragen. Wir werden den Kopf gerade jetzt nicht in den Sand stecken!

Wir bedanken uns für Ihre redaktionelle Berücksichtigung.

Bei Rückfragen stehe ich Ihnen gerne persönlich zur Verfügung: 0171-5221149

Mit freundlichen Grüßen

Martina Suermann  
Fraktionsvorsitzende